



MORNING NEWS 21. April 2026

INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG	INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG
DAX	24.417,80	-284,44	-1,15	24.702,24	DJ 30	49.442,56	-4,87	-0,01	49.447,43
MDAX	31.505,32	-446,78	-1,40	31.952,10	NASDAQ	26.590,34	-82,09	-0,31	26.672,43
TEC DAX	3.708,85	-17,38	-0,47	3.726,23	Nikkei 225	59.561,79	736,90	1,25	58.824,89
Euro Stoxx50	5.982,63	-75,08	-1,24	6.057,71	Hang Seng	26.394,86	33,79	0,13	26.361,07
Bund Future	126,00	0,15	0,12	125,85	Euro / US-\$	1,1776	-0,00	-0,10	1,1788
Gold in US-\$	4.789,69	-30,97	-0,64	4.820,66	Öl (Brent) US-\$	94,92	-0,56	-0,59	95,48
Bitcoin / US-\$	75.788,17	-527,94	-0,69	76.316,10	Ethereum / US-\$	2.313,62	-24,67	-1,06	2.338,29

Vorbörsliche Indikationen (07:00 Uhr)

INDEX	INDIKATION	ABSOLUTE VERÄNDERUNG (zum Schlusskurs Vortag)
DAX	24.520	+103
NASDAQ Future	26.823,75	+75,00

AKTIE	PARITÄT €	VERÄNDERUNG €	%	SCHLUSSKURS XETRA in €	SCHLUSSKURS NYSE in \$	VOLUMEN NYSE
SAP AG	151,95	1,75	0,01	150,20	178,94	3.200.855,00
Nokia OJ	9,00	0,05	0,01	8,95	10,60	88.700.546,00

Unternehmenstermine

UNTERNEHMEN	RIC	ANLASS	ZEIT	SCHÄTZUNG
DAX / MDAX		Quartalsergebnisse entnehmen Sie bitte dem Anhang		
Europäische Unternehmen		Rio Tinto (00:30 Q1), Bawag Group (07:00 Q1), Thales (07:00 Q1), Investor (07:00 Q1), Temenos Group (17:45 Q1), Atos (17:45 Q1), Saipem (17:45 Q1), Vivendi (18:00 Q1), ASM International (18:00 Q1), BHP Group (22:00 Production Report 9M)		

Quelle: Bloomberg/dpa/AFX

Konjunkturtermine

LAND	INDIKATOR	MONAT	UHRZEIT	SCHÄTZUNG
D	ZEW Konjunkturerwartungen	April	11:00	-7,0 (-0,5)
D	ZEW Konjunkturlage	April	11:00	-70,7 (-62,9)
USA	Einzelhandelsumsatz (m/m), vorab	März	14:30	1,4% (0,6%)
USA	Einzelhandelsumsatz ex Kfz (m/m), vorab	März	14:30	1,4% (0,5%)
USA	Lagerbestände	Februar	16:00	0,3% (-0,1%)
USA	Schwebende Hausverkäufe (m/m)	März	16:00	0,0% (1,8%)
USA	Schwebende Hausverkäufe (y/y), nsb	März	16:00	n/a (-0,6%)

Quelle: Bloomberg

Wall Street Schlussbericht

VOLUMEN	GEHANDELTE AKTIEN (in Mrd.)	US-STAATSANLEIHEN	VERÄNDERUNG	RENDITE (Yield)
Volumen NYSE	1,16 (1,61)	10-jährige Bonds	-0,094	4,25%
Volumen NASDAQ	8,36 (10,13)	30-jährige Bonds	-0,016	4,88%

()=Vortag

Die US-Börsen sind am Montag nach drei Gewinnwochen in Folge leicht gesunken. Grund dafür waren **erneute Spannungen zwischen den USA und dem Iran**, die Zweifel an der Dauerhaftigkeit der aktuellen Waffenruhe aufkommen ließen.

Der Dow-Jones-Index der Standardwerte gab minimal nach und schloss mit 49.442 Punkten. Der breiter gefasste S&P 500 verlor 0,2 Prozent auf 7109 Zähler und der Index der Technologiebörse Nasdaq 0,25 Prozent auf 24.404 Stellen.

Der Iran hatte am Freitag die **Straße von Hormus** geöffnet, was an den Märkten für einen Aufschwung gesorgt hatte. Am Wochenende schloss das Land die wichtige Schifffahrtsroute jedoch wieder. Dies trieb die Ölpreise in die Höhe: **US-Leichtöl** verteuerte sich um knapp sieben Prozent auf 89,61 Dollar pro Barrel (159 Liter). Nordsee-Öl der Sorte **Brent** stieg um knapp sechs Prozent auf 95,48 Dollar. Davon profitierten Energiewerte, die zu den stärksten Sektoren im S&P 500 gehörten. Das sogenannte Angstbarometer der Wall Street, der **Volatilitätsindex VIX**, stieg nach acht Verlusttagen in Folge um 1,57 Punkte auf 19,08 Zähler an.

Einem hochrangigen iranischen Regierungsvertreter zufolge erwägt der **Iran**, an **Friedensgesprächen** mit den **USA** in Pakistan teilzunehmen. Zuvor hatte Pakistan Schritte unternommen, um eine US-Blockade iranischer Häfen zu beenden. Einem weiteren Insider zufolge befand sich US-Vizepräsident JD Vance jedoch weiterhin in den USA. US-Präsident Donald Trump hatte hingegen erklärt, Vance werde schon binnen Stunden in Pakistan sein.

"Die Nachrichten vom Wochenende über die erneute Schließung der Meerenge oder das **Entern des iranischen Schiffes** dämpfen die Hoffnungen auf eine vollständige Wiedereröffnung ein wenig", sagte Tom Hainlin, Anlagestrategie bei U.S. Bank Wealth Management.

Neben der Geopolitik rückte die **laufende Bilanzsaison für das erste Quartal** in den Fokus. Da man sich mitten in der Berichtssaison befinde, stelle sich zudem die Frage nach möglichen Auswirkungen des Iran-Kriegs auf die Realwirtschaft, sagte Hainlin. "Bisher hat man von den Banken gehört, dass die Verbraucherkredite und die Konsumausgaben in Ordnung aussehen."

Von den 48 S&P-500-Unternehmen, die bis zuletzt ihre Zahlen vorgelegt haben, übertrafen nach LSEG-Daten 87,5 Prozent die Erwartungen der Analysten. Das Gewinnwachstum liegt derzeit bei 14,4 Prozent. Im Wochenverlauf werden unter anderem Zahlen von Lockheed Martin und IBM erwartet. Tesla wird am Mittwoch als erstes Unternehmen der "Magnificent Seven"-Gruppe der großen Tech-Konzerne seine Bücher öffnen.

Unter den Einzelwerten gaben am Montag **Meta** um mehr als zwei Prozent nach und beendeten damit eine neuntägige Gewinnserie. Zudem verzeichnete **Netflix** Verluste und belastete den Kommunikationssektor. Die Papiere des Streaming-Anbieters haben seit der Bekanntgabe der Quartalsergebnisse und dem Abgang von Mitbegründer Reed Hastings in der vergangenen Woche rund zwölf Prozent eingebüßt.

Aktien von **QXO** brachen ein, nachdem der Baustoffhändler die Übernahme des Konkurrenten **TopBuild** für 17 Milliarden Dollar angekündigt hatte. Dessen Papiere legten im Gegenzug kräftig zu.

US Unternehmen

Der iPhone-Hersteller **Apple** bekommt nach rund 15 Jahren einen **neuen Chef**. Ab dem 1. September werde John Ternus das Unternehmen führen, teilte Apple am Montag mit. Der bisherige Chef Tim Cook werde Vorsitzender des Aufsichtsrats von Apple (Reuters).

Das auf Künstliche Intelligenz (KI) spezialisierte Start-Up **Anthropic** wird nach Angaben des US-Onlinehändlers und Technologie-Konzerns **Amazon** mehr als 100 Milliarden Dollar für dessen Cloud-Technologien ausgeben. Die Summe verteile sich über zehn Jahre, teilte Amazon mit. Zudem werde man ab sofort fünf Milliarden Dollar in Anthropic investieren und in Zukunft weitere 20 Milliarden Dollar, vorbehaltlich bestimmter kommerzieller Meilensteine. Dies komme zu den acht Milliarden Dollar hinzu, die Amazon bereits in Anthropic investiert habe (Reuters).

Marktmeldungen

Die **Steuereinnahmen von Bund und Ländern** sind im März deutlich gestiegen. Sie erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahresmonat um 3,6 Prozent auf 89,27 Milliarden Euro, wie aus dem Monatsbericht des Bundesfinanzministeriums



hervorgeht, der am Dienstag veröffentlicht werden soll. Ein Positiv-Beispiel: Die Grunderwerbsteuer wies ihr höchstes monatliches Aufkommen seit 2022 auf - Folge der moderaten Erholung auf dem Immobilienmarkt. Das Aufkommen der Lohnsteuer kletterte um rund vier Prozent. In den ersten drei Monaten zusammen ergab sich für Bund und Länder ein Plus bei allen Steuereinnahmen von 0,9 Prozent auf 224,2 Milliarden Euro. Experten rechnen für das Gesamtjahr 2026 mit einem Zuwachs von 2,8 Prozent (Reuters).

Bundeskanzler Friedrich Merz hat den Koalitionspartner **SPD** zu **entschiedeneren Reformen** gedrängt. "Ich werde heute Abend noch einmal mit dem Koalitionspartner sehr ernsthaft reden", sagte Merz am Montag auf dem Jahresempfang des Bundesverbandes deutscher Banken (BdB) in Berlin. "Mir reicht das nicht, was wir bisher geschafft haben." Er erwarte von den Sozialdemokraten, "dass sie auch manche Blockade auflösen, die wir in den letzten Wochen und Monaten leider immer wieder gehabt haben." Hintergrund ist Unmut in der Union, die der SPD vorwerfen, etwa Wirtschaftsreformen wie die Abschaffung des nationalen Lieferkettengesetzes oder aber Energieprojekte von Wirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) zu blockieren (Reuters).

Trotz einer angespannten Marktlage sieht die **Bundesregierung** derzeit keinen konkreten Handlungsbedarf zur Sicherung der **Kerosin-Versorgung**. Wirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) erklärte am Montagabend nach einem Gespräch mit Vertretern der Luftfahrt- und Mineralölwirtschaft, die Versorgung sei aktuell gesichert, es bestünden keine Engpässe. "Sollte sich die Versorgungslage bei Kerosin aufgrund anhaltender Spannungen in der Golfregion verschärfen, werden wir in der Runde gegebenenfalls über erforderliche Maßnahmen beraten", sagte sie. Gleichzeitig sei der Markt angespannt, was sich auch am Preisniveau zeige, sagte Reiche. Die Herausforderungen durch den Iran-Krieg hätten gezeigt, wie wichtig eigene Produktionskapazitäten seien. Verkehrsminister Patrick Schnieder (CDU), der an dem virtuellen Treffen ebenfalls teilnahm, ergänzte: "Unser Ziel ist klar: Der Flugbetrieb muss auch weiterhin stabil laufen." Man müsse Engpässe frühzeitig erkennen, um passgenaue Maßnahmen ergreifen zu können. Das Thema solle zudem auf EU-Ebene erörtert werden (Reuters).

Die **EZB** ist laut ihrer Chefin Christine Lagarde mit Blick auf die **Auswirkungen des Ölpreisschocks** handlungsbereit. "Wir müssen bereit sein, zu handeln, sobald wir über die notwendigen Informationen verfügen", sagte die Französin am Montagabend auf dem Jahresempfang des Bankenverbandes BdB in Berlin. Die EZB sei ihrem **Mandat der Preisstabilität** verpflichtet: Man werde sicherstellen, dass die Inflation auf mittlere Sicht auf zwei Prozent zurückgeführt werde. "Und wir werden so handeln, wie es die Situation erfordert", fügte sie hinzu. Die wirtschaftliche Lage lasse keinen Zweifel: Je länger der Nahost-Konflikt anhalte, desto mehr verschlechterten sich die Aussichten – und das nicht linear. "Daher ist die zeitliche Dauer der Schlüssel, um zu beurteilen, auf welches Szenario wir uns einstellen müssen." (Reuters).

Frankreich und **Polen** haben den **Bau eines Satelliten für das polnische Militär** angekündigt. Das Projekt ist Teil des Vorhabens "Readiness" der Europäischen Kommission, das Europa bis 2030 verteidigungsbereit machen soll. Der Kontinent sucht verstärkt nach eigenen Satellitendiensten, um globalen Rivalen etwas entgegenzusetzen und die Abhängigkeit vom System Starlink zu verringern. Dabei spielen auch Bedenken wegen der politischen Unberechenbarkeit des Starlink-Eigentümers Elon Musk eine Rolle. Das EU-Vorhaben wurde bei einem Treffen des polnischen Regierungschefs Donald Tusk mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron in Danzig bekanntgegeben. Finanzielle Details wurden nicht genannt (Reuters).

Der **iranische Chefunterhändler** und Parlamentspräsident Mohammed Bagher Ghalibaf schreibt auf X, Teheran akzeptiere keine **Verhandlungen** mit den **USA** unter Drohungen. US-Präsident Donald Trump versuche, den Verhandlungstisch in einen "Kapitulationstisch" zu verwandeln, fügte er hinzu (Reuters).

Iran hat Vermittlern laut mit der Angelegenheit vertrauten Personen signalisiert, am Dienstag ein **Verhandlungsteam** nach **Pakistan** zu entsenden, um an einer zweiten Runde von Friedensgesprächen mit den USA teilzunehmen (bloomberg).



US-Vizepräsident JD Vance wird einem Medienbericht zufolge heute zu den **Iran-Verhandlungen** nach **Pakistan** reisen. Das Nachrichtenportal Axios beruft sich auf US-Insider. Eine Stellungnahme der Regierung in Washington liegt zunächst nicht vor (Reuters).

US-Arbeitsministerin Lori Chavez-DeRemer ist nach Vorwürfen von Fehlverhalten in ihrer Behörde **zurückgetreten**. Damit hat in den vergangenen Wochen die dritte Frau das Kabinett von Präsident Donald Trump verlassen. Ihr Stellvertreter Keith Sonderling werde das Amt kommissarisch übernehmen, teilte das Präsidentsamt am Montag mit. Auch wenn ihre Zeit in der Regierung zu Ende gehe, bedeute dies nicht, dass sie aufhöre, für die amerikanischen Arbeitnehmer zu kämpfen, erklärte Chavez-DeRemer. Sie freue sich auf ihre berufliche Zukunft in der Privatwirtschaft (Reuters).

Japan hat am Dienstag die umfassendste **Reform seiner Rüstungsexportregeln** seit Jahrzehnten vorgestellt und damit den Weg für den Verkauf von Kriegsschiffen und Raketen ins Ausland freigemacht. Die Regierung von Ministerpräsidentin Sanae Takaichi löst sich mit dem Schritt weiter von den pazifistischen Beschränkungen der Nachkriegszeit. Bislang waren Ausfuhren weitgehend auf Ausrüstung für Rettungs-, Transport- und Überwachungseinsätze sowie die Minenräumung beschränkt. Künftig sollen Minister und Beamte jeden geplanten Verkauf einzeln prüfen. Zwar bleiben grundsätzliche Verbote für Lieferungen in Konfliktgebiete bestehen, Ausnahmen aus Gründen der nationalen Sicherheit sind der Regierung zufolge jedoch möglich (Reuters).

Banken

Die **Bafin** stellt ihre Anforderungen an das **Risikomanagement** neu auf und zielt nach eigenen Angaben vor allem auf eine Entlastung kleinerer Banken. "80 bis 85 Prozent der Institute können Erleichterungen in Anspruch nehmen", sagte der für die Bankenaufsicht zuständige Exekutivdirektor Nikolas Speer der *Börsen-Zeitung*. Von den gut 1.200 Banken in Deutschland würden vor allem die vielen kleineren genossenschaftlichen Institute und Sparkassen profitieren (*Börsen-Zeitung*).

Die italienische Großbank **UniCredit** erhöht im Übernahmekampf um die **Commerzbank** den Druck und spricht dem Frankfurter Institut in seiner jetzigen Form die Zukunftsfähigkeit ab. Die Commerzbank sei nicht ausreichend auf die kommenden Herausforderungen der Branche vorbereitet und konzentriere sich zu sehr auf kurzfristige Ziele, erklärte UniCredit am Montag. Mit einer Strategie namens "Commerzbank Unlocked" kann nach Auffassung der Italiener der Nettogewinn des deutschen Rivalen bis 2028 auf rund 5,1 Milliarden Euro gesteigert werden. Dies seien 600 Millionen Euro mehr als die bisherige Konsensschätzung von 4,5 Milliarden Euro am Markt. Die Commerzbank erklärte, sie weise die "anhaltend feindliche Taktik und irreführende Darstellungen" von UniCredit zurück. Erneut habe UniCredit keine angemessene Prämie für die Aktionäre der Commerzbank vorgeschlagen. Am 8. Mai wolle die Frankfurter Bank zusammen mit ihren Quartalszahlen aktualisierte Finanzziele und ihre Strategie bis 2030 vorstellen (Reuters).

Bundeskanzler Friedrich Merz hat sich indirekt erneut gegen eine Übernahme der **Commerzbank** durch die italienische **UniCredit** ausgesprochen. "Wir brauchen große Banken in Europa, aber lassen Sie mich aus aktuellem Anlass eines auch sehr klar sagen: Dies bedeutet nicht, dass jede Form und jede Art der Übernahme in Deutschland willkommen ist", sagte Merz am Montagabend auf dem Jahresempfang des Bundesverbandes deutscher Banken (BdB) in Berlin, ohne die Commerzbank namentlich zu nennen. "Feindliches, aggressives Vorgehen lehnen wir entschieden ab." Damit machte Merz klar, dass die Vorbehalte der Bundesregierung gegen die Übernahme weiter anhalten (Reuters).

Gesundheitswesen

Bayer hat bei seiner **Neuausrichtung** nach den Worten von Vorstandschef Bill Anderson noch einen längeren Weg vor sich. "Wir sind noch mitten in unserem Turnaround. Alle strategischen Prioritäten sind entscheidend vorangebracht worden, aber keine ist abgeschlossen", erklärte Anderson in seinem am Montag vorab veröffentlichten Redetext für die Hauptversammlung am Freitag. Man habe große Fortschritte gemacht, sei aber noch lange nicht am Ziel, bekräftigte er. In den kommenden Monaten stünden wichtige Entscheidungen und Meilensteine an. Der Konzernchef verwies zugleich



auf die bisherigen Erfolge: "Nach zwei Jahren ist kein Bereich bei Bayer mehr so, wie er war. Das Unternehmen ist schlanker und schneller geworden." Seit Beginn der Neuausrichtung fielen rund 14.000 Stellen weg, allein im vergangenen Jahr waren es gut 4700 (Reuters).

Bundesgesundheitsministerin Nina Warken (CDU) plant einem Medienbericht zufolge im Rahmen der **Pflegereform** deutlich höhere finanzielle Belastungen für Heimbewohner. Ziel sei es, die Milliardenlöcher in der Pflegeversicherung zu stopfen, berichtete das *RedaktionsNetzwerk Deutschland* (RND) vorab unter Berufung auf erste Entwürfe aus Koalitionskreisen. Demnach sollen die gestaffelten Zuschüsse, mit denen die Eigenanteile der Pflegeheimbewohner gesenkt werden, künftig langsamer anwachsen als bisher. Zudem soll es für Versicherte künftig schwerer werden, überhaupt als pflegebedürftig anerkannt oder in die unteren Pflegegrade eingestuft zu werden, hieß es in dem Bericht weiter.

Öl & Gas

Die **Luftfahrt in Deutschland** könnte als Folge des Iran-Krieges nach Einschätzung von Regierung und Branchenkennern ab Juni mit Engpässen bei der **Treibstoffversorgung** konfrontiert sein. Bis Ende Mai sei der Kerosinbedarf gesichert, hieß es aus Regierungskreisen am Montag nach einem Gespräch von Wirtschafts- und Verkehrsministerium mit Vertretern von Luftverkehr und Energiewirtschaft in Berlin. Der Bundesverband der Deutschen Luftverkehrswirtschaft (BDL) forderte als Sofortmaßnahme zur Sicherung der Kerosinversorgung ein koordiniertes Krisenpaket auf EU- und nationaler Ebene. "Wenn die Kerosinversorgung unter Druck gerät, trifft das den Wirtschaftsstandort Deutschland unmittelbar", warnte BDL-Hauptgeschäftsführer Joachim Lang (Reuters).



STEBING AG
WERTPAPIERHANDELSBANK



FAROS Private Markets Database

Die kostenlose Datenbank für institutionelle Investoren

privatemarkets.faros-consulting.de

Kontakt

Wolfgang Steubing AG
Wertpapierdienstleister
Goethestraße 29
60313 Frankfurt a. M.
T +49 69 29716 0
F +49 69 29716 111
info@steubing.com
www.steubing.com

Morning News

Alexander Dietzer
T +49 69 29716 149
alexander.dietzer@steubing.com

Institutionelle Kundenbetreuung

Michael Heidn
T +49 69 29716 131
michael.heidn@steubing.com

Haftungsausschuss

Die beigefügten Presseauszüge spiegeln Informationen und Meinungen der jeweiligen Analysten und Redaktionen wider. Neben den Presseauszügen enthält dieses Dokument Informationen, die durch die Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister, nachfolgend Steubing AG, erarbeitet wurden. Obwohl die Steubing AG sämtliche Angaben und Quellen für verlässlich hält, kann für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der enthaltenen Informationen keine Haftung übernommen werden. Insbesondere wird für Irrtum und versehentliche unrichtige Wiedergabe, insbesondere in Bezug auf Kurse und andere Zahlenangaben, jegliche Haftung ausgeschlossen. Die Steubing AG übernimmt keine Verpflichtung zur Richtigstellung etwa unzutreffender, unvollständiger oder überholter Informationen.

Dieses Dokument dient lediglich der Information. Auf keinen Fall enthält es Angebote, Aufforderungen oder Empfehlungen zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder anderen Finanzinstrumenten. Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen stellen keine „Finanzanalyse“ im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes dar und genügen auch nicht den gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit der Finanzanalyse und unterliegen keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Finanzanalysen. Sie können insbesondere von den von Steubing AG veröffentlichten Analysen von Finanzinstrumenten und ihrer Emittenten (Research) abweichen. Bevor Sie eine Anlageentscheidung treffen, sollten Sie Ihren Anlageberater konsultieren.

Die Informationen in diesem Dokument richten sich ausschließlich an institutionelle Investoren und professionelle Marktteilnehmer; es ist nicht für die Verbreitung an Privatpersonen geeignet. Dieses Dokument ist entsprechend des deutschen Aufsichtsrechts erstellt worden und wird von der Steubing AG nach Maßgabe dieser Vorschriften übermittelt. Ausländische Rechtsordnungen können die Verbreitung dieses Dokuments beschränken. Eine Weitergabe oder Verbreitung dieses Dokuments ist daher nur nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung der Steubing AG gestattet.

Die Steubing AG, die dieses Dokument verbreitet, unterliegt der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in Deutschland.

© 2026 Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister. Alle Rechte vorbehalten.

Zuständige Aufsichtsbehörde

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)
Graurheindorferstraße 108
D-53117 Bonn

und

Marie-Curie-Str. 24-28
D-60439 Frankfurt

